

Petra Ahrens

Gender Mainstreaming im Europäischen Parlament: Geschichte, Institutionalisierung, Hindernisse

Zusammenfassung

Das Europäische Parlament (EP) hat sich als eines der wenigen Parlamente weltweit seit 2003 in insgesamt sechs Entschlüssen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming (GM) verpflichtet. Ausgehend von dem Ansatz des Feministischen Institutionalismus analysiert dieser Beitrag chronologisch die potenzielle Institutionalisierung von GM und fragt, inwieweit sich neue Regeln und Normen in bestehende formale und informelle Regeln einflechten lassen. Hierfür werden zentrale EP-Dokumente für den Zeitraum 2003 bis 2019 sowie leitfadengestützte Interviews mit MEPs verschiedener Fraktionen und EP-Beschäftigten aus 2019 und 2020 analysiert. Insgesamt kann von einer GM-Institutionalisierung gesprochen werden, wenn sie auch heterogen verläuft.

Schlüsselwörter

Europäisches Parlament, Gender Mainstreaming, Institutionalisierung, Mikropolitiken, Frauenrechts- und Gleichstellungsausschuss

Summary

Gender mainstreaming in the European Parliament: History, institutionalization, obstacles

The European Parliament (EP) is one of the few parliaments worldwide to have adopted a total of six resolutions in the period since 2003 in which it pledges to implement gender mainstreaming (GM). Applying Feminist Institutionalism, the article analyzes the potential institutionalization of GM from a chronological perspective. It investigates to what extent new rules and norms can be incorporated into existing formal and informal rules. Examining key EP documents from the period between 2003 and 2019 and semi-structured interviews conducted with Members of the EP (MEPs) from different political groups and with EP staff in 2019 and 2020, the article provides an analysis of GM institutionalization. Overall, one can say that GM has become institutionalized over time, although implementation is quite heterogeneous.

Keywords

European Parliament, gender mainstreaming, institutionalization, micro-politics, Committee on Women's Rights and Gender Equality

1 Einleitung

Während im Zuge der Pekinger Aktionsplattform der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 viele Regierungen Gender Mainstreaming (GM) als gleichstellungspolitische Strategie verabschiedeten, blieben ähnliche Initiativen in den meisten Parlamenten aus. Eine herausstechende Ausnahme ist das Europäische Parlament (EP), welches sich seit 2003 mittels Entschlüssen und Berichten selbst zu GM verpflichtet. Diese kontinuierliche Bestrebung, GM im EP zu institutionalisieren, erscheint erstaunlich angesichts der Tatsache, dass GM in der Politik der Europäischen Union erheblich an Boden verloren hat und sich erst mit der neuen Europäischen Kommission ein Wandel abzeichnet (Abels

2020; Ahrens 2018; Jacquot 2015). Bemerkenswert ist die Selbstverpflichtung auch, weil im EP vertretene rechtskonservative und -extreme Parteien gegen Gleichstellungspolitik und GM opponieren und es als „Genderideologie“ diskreditieren (Korolczuk/Graff 2018; Verloo/Paternotte 2018). Trotz der Machtzunahme des EP und des damit potenziell wachsenden Einflusses auf supranationale Gleichstellungspolitik ist die langjährige Entwicklung im EP in der Forschung kaum adressiert worden (vgl. ausführlich Ahrens/Rolandsen Agustín 2019).

Dieser Beitrag schließt diese Lücke, indem die GM-Umsetzungsprozesse im EP chronologisch analysiert werden. Hierfür wird ausgehend vom Ansatz des Feministischen Institutionalismus analysiert, inwieweit sich neue Normen und Praxen (hier Gender Mainstreaming) in formale und informelle Regeln einflechten lassen angesichts des konstanten Wandels des politischen EU-Systems und der Selbstwahrnehmung des EP als Gleichstellungsmotor (Van der Vleuten 2019).

Die chronologische Analyse entsprechender EP-Entschlüsse, Berichte, Abstimmungsergebnisse zu GM sowie weiterer Dokumente im Zusammenhang mit den formalen parlamentarischen Verfahren deutet auf eine zunehmend stabile Institutionalisierung von GM hin. Dass diese nicht friktionslos verläuft, wird am Beispiel der Berücksichtigung von Genderaspekten in Ausschüssen während der letzten beiden Legislaturperioden illustriert. Dazu werden rund 120 leitfadengestützte Interviews mit MEPs verschiedener Fraktionen und mit EP-Beschäftigten aus den Jahren 2019 und 2020 herangezogen.

2 GM auf supranationaler Ebene und Theorieansatz

Gender Mainstreaming (GM) zielt als politische Strategie darauf ab, institutionelle Strukturen zu hinterfragen und dahingehend zu transformieren, dass Gleichstellungsförderung zu einem alle Ebenen durchdringenden Anspruch wird (Lombardo/Meier/Verloo 2009; Minto/Mergaert 2018). Auf EU-Ebene wurde die Strategie durch ein institutionenübergreifendes feministisches Akteur*innennetzwerk in Artikel 3,2 des Amsterdamer Vertrags verankert (Hubert/Stratigaki 2016; Jacquot 2015). Wenn auch die vorherige Begrenzung der EU auf Beschäftigungspolitik durchbrochen wurde, enttäuschte die praktische Umsetzung: Gleichstellungsaspekte wurden in bestehende Politiken und Prozesse nur integriert oder kooptiert; selten wurden Politiken und Prozesse grundlegend transformiert (Lomazzi/Crespi 2019; Lombardo/Meier/Verloo 2009). Insgesamt fehl(t)en kohärente Gleichstellungsziele, sodass Gleichstellung ein „empty signifier“ und eher als technische denn inhaltliche Anforderung verstanden wurde (Minto/Mergaert 2018; Verloo 2005), da alltägliche Verwaltungsroutinen unangetastet blieben (Jacquot 2015). Zudem entpolitisierte die Art und Weise der GM-Umsetzung in der Europäischen Kommission Gleichstellungspolitik, schwächte die ursprüngliche institutionelle Gleichstellungsstruktur und untergrub die zuvor gute institutionenübergreifende Zusammenarbeit feministischer Akteur*innen (Ahrens 2018; Jacquot 2015).

Die Rolle des EP für EU-Gleichstellungspolitik wurde in der Forschung öfter beleuchtet (Ahrens 2018; Jacquot 2015; Rolandsen Agustín 2013; Van der Vleuten 2012), ebenso wie die Sitzverteilung der Fraktionen (auch nach Geschlecht), aber Studien zu